

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

19.06.2015

Gedenken an Flucht und Flüchtlinge

Die letzten Wochen vor der Sommerpause halten eine Reihe von Herausforderungen für uns bereit, wie zum Beispiel die Bund-Länder-Gespräche zur Flüchtlingspolitik. Die Herausforderungen sind hier so drängend, dass Bund, Länder und Kommunen sie in gemeinsamer Verantwortung angehen müssen. Mit Absichtserklärungen allein lassen sich die Probleme der Menschen nicht lösen.

Diese Erfahrung macht offenbar auch die griechische Regierung, die mit ihrer sprunghaften Verhandlungstaktik ihre europäischen Partner und weltweiten Kreditgeber auf eine schwere Probe stellt. Mit Sorge haben wir den zwischenzeitlichen Abbruch der Verhandlungen durch den Internationalen Währungsfonds zur Kenntnis genommen. Ohne einen gemeinsamen Vorschlag der Institutionen geht es nicht. Wir wollen Griechenland als Teil der Eurozone halten. Wir stehen aber auch zu unserem Grundsatz – es gibt keine Leistung ohne Gegenleistung.

Mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags beschließen wir einen weiteren Anstieg der verfügbaren Einkommen. Den Schwerpunkt Familie und Kinder unterstreichen wir, indem wir außerdem den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende anheben. Familien profitieren von der Erhöhung der Kinderfreibeträge. Der verfassungsgemäß gebotene Kinderfreibetrag wird für 2015 um 144 Euro und für 2016 um weitere 96 Euro erhöht, um das Existenzminimum steuerfrei zu stellen. Darüber hinaus wird das Kindergeld in gleichem Verhältnis für 2015 um 4 Euro und 2016 um weitere 2 Euro pro Monat und Kind erhöht. Außerdem wird im kommenden Jahr der Kinderzuschlag um einen Betrag von 20 Euro auf dann 160 Euro monatlich angehoben. Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird 2015 um 600 Euro auf 1.908 Euro angehoben. Zudem wird er für jedes weitere im Haushalt lebende Kind um 240 Euro aufgestockt. Diese Beschlüsse passen sich in unsere familienfreundliche Politik ein. Mit der erheblichen finanziellen Unterstützung des Bundes zum Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, der Einführung eines Rechtsanspruchs für unter drei Jahre alte Kinder auf einen Betreuungsplatz, dem Elterngeld und dem Betreuungsgeld haben wir in den letzten Jahren viel für die Förderung von Familien und Kindern getan.

Und auch eine weitere berechnete Forderung der Union kann endlich umgesetzt werden: Mit diesem Gesetz

bauen wir die kalte Progression ab 2016 ab. Der steuerliche Grundfreibetrag wird im Jahr 2015 um 118 auf 8.472 Euro und im Jahr 2016 um weitere 180 auf dann 8.652 Euro erhöht. Davon profitieren, wie vom Abbau der kalten Progression, alle Einkommensteuerzahler. Die „Steuerbremse“ greift durch Rechtsverschiebung der Tarifeckwerte um ca. 1,5 Prozent.

In Deutschland wird der Weltflüchtlingstag in diesem Jahr erstmals im Zusammenhang mit dem auf unsere Initiative eingeführten „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ begangen. Die Bundesregierung wird dazu eine feierliche Gedenkstunde im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums ausrichten. Das regelmäßige Gedenken soll dazu beitragen, dass das unermessliche Leid der Millionen von Deutschen, die durch Vertreibung, Zwangsumsiedlung und Deportation ihre Heimat verlassen mussten, nicht in Vergessenheit gerät. Die Erinnerung und die Auseinandersetzung mit dem Schicksal der Vertriebenen sind wir den Betroffenen schuldig.

Zugleich darf die große gesamtgesellschaftliche Leistung bei der Integration der Vertriebenen und der Beitrag der Vertriebenen am Wiederaufbau unseres Landes ebenso wenig in Vergessenheit geraten, wie der gemeinsame Wille und Weg zur Versöhnung im geeinten Europa. Zusammen mit der in der letzten Wahlperiode auf den Weg gebrachten Bundesstiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung haben wir damit der Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa einen festen Platz im Gedächtnis unseres Landes eingeräumt. Die Verbindung des Gedenktages mit dem Weltflüchtlingstag setzt ein klares Zeichen dafür, dass wir Vertreibungen weltweit ächten und den Gedanken der Versöhnung und Völkerverständigung stärken wollen.

Wir gedenken auch der Flüchtlinge, die heute weltweit auf der Suche nach einem Ort zum Leben unterwegs sind. Viele von ihnen suchen und finden auch in Europa eine neue Heimat. Die Erinnerung an die eigene deutsche Geschichte der Vertreibung ist auch für die Bewältigung dieser Aufgabe wichtig.

Mehr Betreuungsgeld-Bezieher

Immer mehr Betreuungsgeld-Bezieher. Im ersten Quartal 2015 wurden 455.321 laufende Bezüge von Betreuungsgeld gemeldet und damit 68.838 Leistungsbezüge mehr als noch im vierten Quartal 2014. Im alten Bundesgebiet haben fast acht von zehn Leistungsbeziehenden den Antrag auf Betreuungsgeld für den maximal möglichen Bezugszeitraum von 22 Monaten gestellt; in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) waren es nur etwa fünf von zehn. Die voraussichtliche Bezugsdauer ist dementsprechend in den neuen Ländern mit durchschnittlich 15,5 Monaten deutlich kürzer als in den alten Ländern (20 Monate). Knapp die Hälfte (49 Prozent) der Kinder, für die Betreuungsgeld bezogen wurde, waren das einzige Kind im Haushalt. In einem Drittel der Fälle (34 Prozent) war noch ein weiteres Kind vorhanden. Nur 17 Prozent der Kinder lebten mit zwei oder mehr Geschwistern zusammen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Bessere Breitbanddienste

Damit auch abgelegene Regionen in Deutschland in den Genuss leistungsstarker Breitbanddienste kommen, darf der Ausbau der entsprechenden Netze mit staatlicher Beihilfe in Höhe von 3 Mrd. Euro gefördert werden. Nach den von der EU-Kommission genehmigten Förderplänen der Bundesregierung, können Privatanbieter und Gemeinden Fördermittel für Gebiete beantragen, in denen nur ein grundlegender Breitbandzugang verfügbar ist und in den nächsten drei Jahren auch keine privaten Investitionen in neue Netze geplant sind. Ziel ist es, dass Haushalte und Unternehmen eine Downloadrate von mindestens 30 Mbit/s (Megabit pro Sekunde) und in den meisten Fällen von 50 Mbit/s erhalten sollen. Die von Deutschland beantragte Vectoring-Technologie, mit der sich Übertragungsraten weiter steigern lassen, wurde allerdings nicht gebilligt. (http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13409_de.htm)

500 Millionen Überschuss im ersten Quartal

Die Pflegekassen verzeichnen im ersten Quartal dieses Jahres einen Überschuss von 500 Millionen Euro, meldet die Bundesbank in ihrem Monatsbericht für Juni. Grund dafür ist mit 0,3 Punkten kräftige Beitragssatzanhebung zu Jahresbeginn gewesen. Seit Januar ist der Beitragssatz von 2,05 auf 2,35 Prozent (zuzüglich des Zuschlags von 0,25 Punkten für Kinderlose) erhöht worden. Die zusätzlichen Leistungen durch erste Stufe der Pflegereform benötigen einen zeitlichen Vorlauf, um vollständig ausgabenwirksam zu werden, erläutert die Bundesbank. Im Ergebnis lagen die Einnahmen der Pflegekassen um 17,5 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Auch die Ausgaben stiegen mit zehn Prozent kräftig. Zurückzuführen ist dies auch auf den Geldabfluss an den kürzlich etablierten Vorsorgefonds. Dieser soll helfen, den Beitragsanstieg zu dämpfen, wenn die Baby-Boomer in Rente gehen. Auch ohne Berücksichtigung dieses Fonds seien die Rücklagen der Pflegekassen auf sieben Milliarden Euro gewachsen. Die Bundesbank erwartet auch für das Gesamtjahr einen Überschuss in der Pflegeversicherung. (Ärzte Zeitung, 17.06.2015)

Ausbau von Breitbandnetzen gebilligt

Drei bis sechs Wochen lang in ein anderes EU-Land reisen, dort aktuellen kulturellen oder politischen Entwicklungen nachspüren und dabei die europäischen Nachbarn besser kennen lernen: Diese interessante Erfahrung ermöglicht die „Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa“ vielen jungen Menschen durch ihre Reisestipendien. Wer zwischen 18 und 26 Jahren alt ist und ein überzeugendes Rechercheprojekt vorschlagen kann, kann von der Stiftung 550 Euro für die Realisierung seiner Reise erhalten. Hinterher müssen die Ergebnisse der Recherchen, Erfahrungen und Eindrücke aus dem anderen Land auf mindestens 10 Din-A-4-Seiten dokumentiert werden. Wer sich für das Thema „klimaschonende Mobilität in Europa und die Bahnen“ interessiert, kann sich auch um einen vier Wochen gültigen Interrailpass bewerben, den die Stiftung in Kooperation mit der Deutschen Bahn vergibt. Bewerbungsfrist für die nächste Stipendienrunde ist der 1. September. Die Schwarzkopf-Stiftung besteht seit 1971. Ihr erklärtes Ziel ist es, junge Menschen zu politisch bewussten Persönlichkeiten zu bilden und die europäische Völkerverständigung zu fördern. (<http://schwarzkopf-tiftung.de/awards/reisestipendien>)

Darlehen für Masterabschlüsse verfügbar

Studierende, die in Spanien einen Masterabschluss machen wollen, und Spanier, die dasselbe in anderen europäischen Ländern vorhaben, können dafür jetzt ein günstiges Darlehen bekommen. Möglich macht das eine neue Erasmus+-Bürgerschaft der EU. Die erste Bürgerschaftvereinbarung wurde jetzt zwischen der spanischen Micro Bank und dem Europäischen Investitionsfonds unterzeichnet. Vereinbarungen für weitere Länder sollen folgen, so dass schließlich 200.000 Studierende unterstützt werden können, die im europäischen Ausland einen Masterabschluss planen. Für einjährige Studiengänge können bis zu 12.000 Euro, für zweijährige bis zu 18.000 Euro beantragt werden. Die Europäische Kommission hat sichergestellt, dass die Darlehen zu günstigen Bedingungen gewährt werden, und mit der Rückzahlung muss erst einige Zeit nach Studienabschluss begonnen werden. Für alle Erasmus-Studierende gibt es zudem eine weitere Anlaufstelle für Rat und Hilfe: die Vereinigung der Erasmus+-Studierenden und Alumni (ESaa). (http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13401_de.htm)

Zitat

„In der Wirtschafts- und Währungsunion gehen Eigenverantwortung und Solidarität Hand in Hand.“ (Kanzlerin Angela Merkel an diesem Donnerstag in ihrer Regierungserklärung im Bundestag über ihren Kurs in der griechischen Schuldenkrise)